

## Demokratiemodelle und Konzepte zur Rolle der/des StaatsbürgerIn<sup>1</sup>

In den Diskussionen über Demokratietheorie werden vielfach drei Modelle von Demokratie unterschieden, das liberale, das republikanische Modell und das deliberative Modell. Im Folgenden werden diese Modelle unter folgenden Gesichtspunkten charakterisiert und miteinander verglichen:

- Welche Bedeutung schreibt es dem politischen Prozess zu?
- Wie konzipiert es die Rolle der/des StaatsbürgerIn?
- Welches Verständnis von Volkssouveränität hat das Modell?

Zur Bedeutung des politischen Prozesses

Liberales Modell: Die Gesellschaft wird als System eines marktwirtschaftlich strukturierten Verkehrs von Privaten und ihrer gesellschaftlichen Arbeit gedacht und der Staat hat die Funktion eines Apparates der öffentlichen Verwaltung. Politik ist Kampf um Positionen, die Verfügung über administrative Macht einräumen. Als Erfolge in dieser Konkurrenz zwischen strategisch handelnden Akteuren gelten Wählerstimmen, die als Ausdruck von individuellen Präferenzen betrachtet werden.

Republikanisches Modell: Im demokratischen Prozess sollen sich die BürgerInnen eines politischen Gemeinwesens bewusst werden, dass sie aufeinander angewiesen sind und auf dieser Grundlage gesellschaftliche Verhältnisse der wechselseitigen Anerkennung ausgestalten. In diesem Zusammenhang steht auch die Frage zur Diskussion, welche gesellschaftlichen Bereiche für Demokratisierungsprozesse offen stehen und welche nicht.

Deliberatives Modell: Dieses Modell versucht die beiden vorgenannten Modelle zu integrieren. Es nimmt vom republikanischen Modell die Vorstellung von Politik als Auseinandersetzung um gemeinsame Werte und vom liberalen Modell die Notwendigkeit, Kompromisse zwischen unterschiedlichen Machtformationen zu schließen. Der Schwerpunkt des politischen Prozesses liegt auf institutionalisierten Verfahren, in denen entsprechend legitimierte Gremien und Körperschaften beraten und Entscheidungen treffen.

---

<sup>1</sup> In der Darstellung der unterschiedlicher Modelle von Demokratie stützt sich dieses paper weitgehend auf Jürgen Habermas (1996): Drei normative Modelle der Demokratie. In: Ders.: Die Einbeziehung der Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp. 277-292.

## Die Rolle von StaatsbürgerInnen

Liberales Modell: Staatsbürger genießen als Träger von subjektiven Rechten den Schutz des Staates, solange sie ihren privaten Interessen im Rahmen gesetzlicher Vorgaben nachgehen. Politische Rechte dienen der Geltendmachung privater Interessen im Sinn einer Kontrolle darüber, ob Staatsgewalt im Interesse der Gesellschaft und ihrer Bürger ausgeübt wird. Dazu zählt vor allem das Wahlrecht, mit dem auf die Machtverteilung im Staat, die Zusammensetzung von parlamentarischen Körperschaften und die Regierungsbildung Einfluss genommen werden kann.

Republikanisches Modell: Rechte des Staatsbürgers werden als positive Rechte verstanden; sie garantieren nicht nur Freiheit von äußerem Zwang, sondern auch Beteiligung an einer gemeinsamen Praxis. Durch diese Praxis machen sich die Bürger zu dem, was sie aktiv anstreben wollen, nämlich politisch verantwortliche Subjekte einer Gemeinschaft von Freien und Gleichen zu sein. Der politische Prozess dient nicht nur der Kontrolle. Vielmehr ist er als inklusiver Prozess der Meinungs- und Willensbildung über Ziele und Normen in einem gemeinsamen Interesse gedacht. Das bedeutet auch: dem republikanischen Staatsbürger wird mehr zugemutet als nur die Orientierung am jeweils eigenen Interesse.

Deliberatives Modell: Im Mittelpunkt steht ebenfalls der politische Meinungs- und Willensprozess, allerdings nicht als Artikulation einer breiten Bürgerschaft, sondern als „subjektlose Kommunikation“ (Habermas 1996: 288) im Rahmen von demokratischen Verfahren. Am republikanischen Modell wird kritisiert, dass es von einer hohen ethischen Voraussetzung ausgeht, dem Normalfall der gemeinwohlorientierten StaatsbürgerInnen. Neben der Beteiligung an Wahlen können sich BürgerInnen in zivilgesellschaftlichen Aktivitäten als Moment einer autonomen Öffentlichkeit an Prozessen der politischen Meinungs- und Willensbildung beteiligen.

## Ausübung der Volkssouveränität

In der liberalen Auffassung hat demokratische Willensbildung nur die Funktion der Legitimation von politischer Macht; Wahlergebnisse werden als Lizenz zur Übernahme von Regierungsmacht verstanden.

Die republikanische Auffassung sieht in der politischen Willensbildung die Konstituierung der Gesellschaft als politisches Gemeinwesen. Die Regierung wird über Wahlen nicht einfach ermächtigt, ein Mandat auszuüben, sondern auch festgelegt, eine bestimmte Politik entsprechend dem Wahlprogramm durchzuführen.

In der deliberativen Konzeption wird Volkssouveränität über parlamentarische Verfahren ausgeübt. Sie ist damit auch ein Stück weit dezentriert: Die Willensbildung innerhalb des politischen Systems ist immer auch abhängig von der diskursiven und Handlungsmacht anderer gesellschaftlicher Bereiche, wie etwa der Wirtschaft oder der Lebenswelt.